



Mittwoch, 01. September 2021 12h00

MEDIENMITTEILUNG

KOHÄSIONSMILLIARDE SOLL DEBLOCKIERT WERDEN

Die APK-N hat sich abermals mit dem künftigen Verhältnis der Schweiz zur EU befasst. Dabei hat sie sich mit dem Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), Bundesrat Ignazio Cassis, umfassend über die europapolitische Strategie sowie die konkreten nächsten Schritte ausgetauscht. Im Zentrum der Diskussionen stand die Freigabe der Kohäsionsmilliarde (**21.050**), welche die Kommission mit 19 zu 6 Stimmen unterstützt.

Gleichzeitig mit der Freigabe der Kohäsionsmilliarde hat die Kommission festgehalten, dass sie auch eine engere Zusammenarbeit im Bildungs- und Forschungsbereich anstrebt. Mit 11 zu 9 Stimmen und 5 Enthaltungen hat die Kommission deshalb entschieden, im Bundesbeschluss zur Freigabe der Kohäsionsmilliarde folgende Ergänzung vorzunehmen: Verpflichtungen auf der Grundlage des Rahmenkredits «Kohäsion» sollen erst eingegangen werden, nachdem der Bundesrat die Finanzierungsbotschaft zur Teilnahme der Schweiz an Erasmus+ vorgelegt hat. Gleichzeitig wurde mit 19 zu 6 Stimmen eine Kommissionsmotion (**21.3975**) eingereicht, welche den Bundesrat beauftragt, bis zur Wintersession 2021 ebendiese Botschaft ans Parlament zu überweisen. Weiter hat die Kommission mit 19 zu 6 Stimmen beschlossen mittels eines Schreibens den Bundesrat aufzufordern, möglichst rasch Verhandlungen zur Assoziierung an die vier Horizon-Programme sowie zur Teilnahme an Erasmus+ aufzunehmen.

SITUATION IN AFGHANISTAN

Die APK-N hat sich intensiv mit der aktuellen Situation in Afghanistan sowie den Handlungsmöglichkeiten der Schweiz, namentlich im Bereich der humanitären Hilfe und der Flüchtlingsaufnahme, auseinandergesetzt. Im Anschluss an die Debatte hat die Kommission entschieden, eine Motion (**21.3976**) einzureichen, welche den Bundesrat beauftragt, seine Bemühungen für Stabilität in der Region und zur Stärkung der Menschenrechte zu intensivieren. Weiter soll dem Parlament, falls nö-

tig, ein Nachtragskredit für die humanitäre Hilfe in Afghanistan unterbreitet werden.

KONSULTATION ZU VERSCHIEDENEN VERHANDLUNGSMANDATEN

- Das Verhandlungsmandat des Bundesrates betreffend eine Beteiligung am Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzmanagement und Visa im Rahmen des Fonds für integriertes Grenzmanagement wurde mit 16 zu 4 Stimmen bei 4 Enthaltungen unterstützt.
- Die APK-N wurde zu den Prioritäten der Schweiz für die 76. Tagung der UNO-Generalversammlung konsultiert und hat diese mit 19 zu 4 Stimmen gutgeheissen.
- Dem Verhandlungsmandat des Bundesrates für die Klimakonferenz COP26 vom 31. Oktober bis 12. November in Glasgow hat die Kommission mit 19 zu 5 Stimmen zugestimmt.
- Die Kommission hat das Verhandlungsmandat des Bundesrates zur Vertragsparteienkonferenz der Biodiversitätskonferenz in Kunming (China) mit 16 zu 4 Stimmen unterstützt. Mit 10 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen fordert sie eine Ergänzung des Verhandlungsmandats in den Bereichen Bauernrechte, Zugang zur Agrobiodiversität und gerechter Vorteilsausgleich.

SANKTIONSPOLITIK DER SCHWEIZ

Die Kommission wird die im Juni aufgenommene Beratung der Änderung des Embargogesetzes (**19.085**) an einer späteren Sitzung fortsetzen. Sie will die Erwägungen der bundesrätlichen Koordinationsgruppe Sanktionspolitik zur Übernahme von Sanktionen, die der Einhaltung der Menschenrechte dienen, abwarten. Die Kommission wird gleichzeitig auch die parlamentarische Initiative Molina **19.501** («Einführung einer Rechtsgrundlage für gezielte Sanktionen bei schweren Menschenrechtsverletzungen und Korruption durch hochrangige Politiker und Politikerinnen») behandeln, die inhaltlich mit dieser Gesetzesänderung zusammenhängt.

AUTOR



APK-N
Sekretariat der Aussenpolitischen Kommissionen
CH-3003 Bern
www.parlament.ch
apk.cpe@parl.admin.ch

AUSKÜNFTE



Tiana Angelina Moser
Kommissionspräsidentin
Tel.: 076 388 66 81

Florent Tripet Cordier
Kommissionssekretär
Tel.: 058 322 94 47

Samuel Muralt

Stv. Kommissionssekretär
Tel.: 058 322 97 51